

Renke Brahms

## Woran weiterarbeiten?

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat innerhalb und außerhalb der Evangelischen Kirche zu einer lebhaften Diskussion über eine „neue Friedensethik“ geführt. Die Friedensethik der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sei ein „Scherbenhaufen“ und sei dringend zu überarbeiten (Johannes Fischer), es sei an der Zeit, „Grundpositionen der evangelischen Friedensethik der letzten Jahrzehnte noch einmal zu überdenken.“ (Ulrich Körtner) oder es wird ein notwendiges Revirement der Friedensethik diagnostiziert – Evangelische Friedensethik müsse sich der „Lage stellen, ihr ist ein neuer Realismus abverlangt.“ (Roger Mielke)

Gleichzeitig gibt es seit Jahren die Forderung aus dem Bereich des kirchlichen Pazifismus, die Friedensethik der EKD müsse über die Denkschrift von 2007 hinausgehen und die Ausnahme vom Gewaltverbot im Sinne einer rechtserhaltenden Gewalt friedensethisch überwinden. Der schon erwähnte Prozess der Badischen Kirche und das Szenario „Sicherheit neu denken“ steht dabei exemplarisch für auch andere Prozesse – aus dem Bereich der historischen Friedenskirchen und der pazifistischen Gruppen und Netzwerke hören wir das als bleibende Kritik an der Denkschrift und der friedensethischen Grundposition der EKD.

Auch wenn der Ton der Diskussion nach anfänglicher Schärfe inzwischen einer gewissen Sachlichkeit gewichen ist, hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine die inhaltlichen Dissense offengelegt und verschärft. Auch die öffentlichen Stellungnahmen der Ratsvorsitzenden, des Friedensbeauftragten und des Militärbischofs zeigen diese Dissense und die Breite der Meinungen. Im Folgenden will ich einige Perspektiven der Weiterarbeit skizzieren.

### Umgang mit Ambiguitäten

Auch wenn in Zeiten der Krise die Sehnsucht nach Eindeutigkeit der Positionen noch einmal wächst, muss konstatiert werden, dass es diese Eindeutigkeit nicht gibt – auch nicht theologisch! Die verschiedenen Positionen in der friedensethischen Debatte zwischen dem unbedingten Schutz der

Opfer und der Aufrechterhaltung des Rechts einerseits und der Gewaltfreiheit und dem Gebot der Feindesliebe andererseits, berufen sich mit einem jeweiligen Recht auf biblische Traditionslinien und theologische Grundmuster, die sich allerdings auch widersprechen und sich gegenseitig ausschließen. Diese Ambiguität lässt sich nicht auflösen. Es gibt m.E. keinen eindeutig zu belegenden biblischen unbedingten Pazifismus. Es ist eine zutiefst hermeneutische Frage nach der Bewertung bestimmter biblischer Texte und Traditionen, die sich nicht endgültig auflösen wird.

Deshalb gilt es, mit diesen Ambiguitäten umzugehen. Wir sollten auch kirchenintern die notwendige Auseinandersetzung um den richtigen Weg zum Frieden in friedvoller Weise führen. Gelegentlich habe ich gerade in friedensbewegten Kreisen eine enorme Heftigkeit und Militanz in der Sprache erlebt. Und die friedensethische Diskussion in der Evangelischen Kirche in Deutschland ist gelegentlich von starken Gegensätzen und einer gegenseitigen Verdachtshermeneutik geprägt. Der einen Seite wird unterstellt, das Evangelium zu verraten, wenn sie im Rahmen der rechtserhaltenden Gewalt auch den Einsatz von militärischen Mitteln vertreten kann. Der anderen Seite wird vorgeworfen, naiv zu sein und die Realitäten nicht anzuerkennen. Ich plädiere für eine wirklich offene Diskussion der vielen Fragen, die sich angesichts des Angriffs der russischen Regierung auf die Ukraine in der Tat noch einmal dringend und teilweise auch neu stellen. Die unterschiedlichen Positionen in der Friedensethik müssen dabei im gegenseitigen Respekt als gemeinsames Ringen um einen gerechten Frieden verstanden werden, das auch um die offenen Fragen, die Dilemmata und Ambiguitäten weiß. Dazu gehört auch die biblisch-exegetische Arbeit im Rahmen einer sozialgeschichtlichen Auslegung der Bibel, die uns lernen lässt, Ambiguitäten auszuhalten und damit umzugehen. Dazu gehören auch das Wahrnehmen und Hören auf Geschwister aus der Ökumene.

Vor Einem allerdings muss dieses Umgehen geschützt werden: vor einem billigen „Sowohl-als-auch“. Die Argumentation mit den Heidelberger

Thesen von 1959 – auch jüngst wieder (Ulrich Körtner) – im Sinne einer Komplementarität, die falsch verstanden von einer Gleichwertigkeit der Optionen ausgeht und später in trivialisierter Weise auf die Formel vom „Frieden schaffen mit und ohne Waffen“ gebracht worden ist, ist abzuweisen. Die Heidelberger Thesen waren nie von Gleichwertigkeit der Optionen zur atomaren Abschreckung geprägt, sondern wiesen schon immer auf die Vorläufigkeit und die notwendige Überwindung der atomaren Option hin.

Davon bin ich überzeugt: dass die Bibel in ihrer Gänze und Tradition von Gewaltkritik, Gewaltminderung und -überwindung, von Versöhnung und Friedensstiftung geprägt ist, die eine Richtung weist und immer im Sinne einer „prima ratio“ der Gewaltfreiheit den Weg zum Frieden sucht. Insofern geht es um eine „progressive Friedensethik“, die sich nicht mit der Beschreibung des Status quo oder einer nur vermittelnden Position in der Mitte zufriedengibt, sondern nach vorne schreitet. „Progressiv“ meint in diesem Falle nicht modern oder fortschrittlich im Gegensatz zu konservativ oder ähnlichen Zuschreibungen. „Progressiv“ meint auch keine geschichts-positivistische Sicht im Sinne einer sich moralisch immer höher entwickelnden Moral der Menschheit. Eine evangelische Friedensethik weiß um die Gebrochenheit unserer Friedensbemühungen. Sie weiß aber auch um den prophetischen Hoffnungsüberschuss, der nach vorne treibt und stets den Frieden sucht.

## Rolle der Kirchen

Eine Grundsatzfrage ist eine ekklesiologische: Was ist unsere Rolle als Kirche? Wir sind als große Kirchen in Deutschland auf dem Weg zur Minderheitskirche. Seit dem vergangenen Jahr gehören weniger als 50 Prozent der Bevölkerung einer der beiden großen Kirchen an. Was bedeutet das für die Rolle der Kirche und eine öffentliche Theologie?

Wir sind keine historischen Minderheits- und Friedenskirchen, keine Bekenntniskirche und können nicht einfach daran anknüpfen. Auch wenn sich das kirchliche Milieu immer weiter verengt, spiegelt sich doch eine Breite der Meinungen in unseren volksgemeinschaftlichen Strukturen. Wir stehen vor einem längeren Transformationsprozess auch in unserer Bedeutung für gesellschaftliche und politische Wahrnehmung und Einflussnahme der Kirchen.

Die Debatte über eine Anschlussfähigkeit der evangelischen Friedensethik an politische Diskurse und die prophetische Rolle der Kirche im Sinne eines deutlich kritischeren Diskurses und eines Hoffnungsüberschusses des Evangeliums verdeutlicht diese Suche nach der Rolle der Kirche. Daran ist auch biblisch-theologisch und theologisch-ekklesiologisch noch einmal zu arbeiten.

Anschlussfähigkeit im Sinne einer Fachlichkeit in der Argumentation ist dringend geboten. Anpassung friedensethischer Überlegungen an eine schreckliche „Realität“ um einer falsch verstandenen „Anschlussfähigkeit“ willen entspricht nicht dem Auftrag der Kirche, die bei aller Vorsicht und Vorläufigkeit doch mit den Möglichkeiten Gottes und Schritten zum Frieden rechnen sollte. Kirche wäre nicht mehr Kirche und mit anderen gesellschaftlichen Institutionen verwechselbar, wenn sie nicht den Überschuss der Hoffnung auf eine friedlichere Welt in die öffentliche Debatte einbringt.

## Eine „neue“ Theologie der Hoffnung?

Ergänzen will ich das Themenspektrum um eine theologische Perspektive, die gelegentlich an die Oberfläche spült, aber unterbelichtet ist: die Apokalyptik. Es ist in Medien, Kommentaren, Kunst und Kultur viel von apokalyptischen Verhältnissen und Zeiten die Rede – allerdings in einer kupierten Form, die keinerlei Hoffnung enthält und damit Angst schürt oder auch positiv als motivierenden Faktor nutzen will. Die Theologie ist weitgehend apokalyptiseblind. Nicht, dass wir die Bedrohungen nicht sehen. Wir leben ja in Zeiten der Polykrise und sehen in Klimawandel, atomarer Bedrohung und Krieg möglicherweise auch eine drohende Apokalypse. Wir überlassen aber weitgehend den Gruppen der „last generation“, „extinction rebellion“, den Antinatalisten, den Preppern und Verschwörungserzählungen das Feld, ohne eine eigene Antwort zu finden und dagegenzustellen.

Dabei haben wir biblisch-theologisch ja deutlich mehr anzusagen, als das katastrophische Ende, denn theologisch folgt der Katastrophe der neue Himmel und die neue Erde – eine Sicht, die nicht nur der Bewältigung von Krisen dient, sondern in Bewegung setzt und uns zwischen Zukunftsangst und Himmelverheißung leben lässt.

Insofern ist auch die „Zeitenwende“ oder der „Epochenbruch“ noch einmal theologisch zu durchdenken. Nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges war die Theologie „zwischen den Zei-

ten“ herausgefordert und fand neue Antworten. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges wurde diese Theologie weiterentwickelt. Und im Zuge der großen Krisen und Umwälzungen der 60er-Jahre entstand eine von Jürgen Moltmann entwickelte „Theologie der Hoffnung“, die das Reich Gottes aus der Spiritualisierung des Jenseits ins Diesseits holte. Heute scheinen wir wieder einer Eschatologisierung der Theologie im Sinne einer ins Jenseits verlagerten Friedenshoffnung gegenüberzustehen – jedenfalls lese ich die vielen Hinweise auf das „Vorletzte“, die Dilemmata und den eschatologischen Vorbehalt so. Meine vorsichtige Überlegung ist, ob wir vor der Aufgabe stehen, eine durch und in der gegenwärtigen Apokalyptik geformte Theologie der Hoffnung zu entwickeln.

## Friedenspolitische Weichenstellungen

Friedenspolitisch bewegen wir uns zwischen zwei gegenläufigen Tendenzen:

Auf der einen Seite haben wir den gescheiterten Afghanistaneinsatz, den scheiternden Einsatz in Mali und die Einsicht, dass rein militärische Einsätze zum Scheitern verurteilt sind. Daraus wurde die Konsequenz gezogen, den Einsatz der Bundeswehr wieder auf Landes- und Bündnisverteidigung zu beziehen. Aber noch sind die Einsätze gar nicht evaluiert. Und bei der Evaluation wird das Thema der bündnispolitischen Begründung des Afghanistaneinsatzes aus Rücksicht auf die Bedeutung des Bündnisses im Fall der Ukraine gar nicht adäquat gestellt.

Andererseits haben wir eben den Ukraine-Krieg, wobei es zurzeit nicht um die Landesverteidigung und auch nur mittelbar um Bündnisverteidigung geht, sondern um den Sonderfall der Unterstützung eines Nicht-Nato-Staates gegen einen Aggressor. Und verbunden damit geben wir eine unvorstellbare Summe für die Ausrüstung der Bundeswehr und zur Unterstützung der Ukraine aus.

In dieser Gemengelage ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass nicht etwa das Leitbild des gerechten Friedens aus der Zeit gefallen ist, sondern aus der Zeit gefallen ist Putin mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und einer Kriegsführung, die an den Ersten Weltkrieg erinnert – und in dem es nur Verlierer und Verliererinnen gibt. Im Sinne des Leitbilds vom gerechten Frieden ist deshalb deutlich kritisch zu hinterfragen:

- Eine mindestens finanzielle Militarisierung der deutschen Politik, die anderen wichtigen Themen das Geld entzieht.

- Eine Aufkündigung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik. Die Waffenlieferungen an die Ukraine sind kein Grund, die Exportpolitik zu lockern und in andere Krisenregionen zu liefern – vor allem nicht aus energiepolitischen Erwägungen heraus.
- Eine Argumentation für die atomare Abschreckung, die nun doch wieder notwendig sei und in der gegenwärtigen Lage wieder festzementiert wird. Man muss genau andersherum die Konsequenz ziehen: Die Atomwaffen gehören abgeschafft, es braucht dringend neue Initiativen nach der Kündigung und Aussetzung wichtiger Verträge und drohender Weiterverbreitung. Ein Zusammenführen von Atomwaffensperrvertrag und Verbotsvertrag mit entsprechender breiter Basis wäre ein wichtiger Schritt dazu.

## Plausibilität der Gewaltfreiheit

Spätestens seit 2004 (Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“) ist die zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung auf der politischen Agenda. Die langjährigen Erfahrungen vieler Organisationen sind systematisch in politischen Institutionen eingearbeitet und weiterentwickelt worden. Dafür steht vor allem der Zivile Friedensdienst, aber auch das Zentrum für internationale Friedenseinsätze. Aber noch immer haben es diese Alternativen zu einer militärischen Logik schwer – zumal unter dem immer wiederholten Argument, dass gewaltfreie Instrumente den IS oder Putin nicht stoppen könnten. Auch wenn ich persönlich konstatiere, dass das gegenüber der Brutalität und Strategie Putins in der Ukraine tatsächlich eine Grenze hat, muss doch auch gesagt werden, dass in vielen Fällen die gewaltfreien Bewegungen deutlich mehr Erfolg hatten. Darauf weisen die Studien von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan hin (Why Civil Resistance Works, 2012; Civil Resistance, 2021.) Diese Studien zur Wirksamkeit von gewaltfreien Bewegungen werden in der theologischen Wissenschaft immer noch weitgehend ignoriert. Dabei werden sie in der amerikanischen Militärforschung (Will Irwin, How Civil Resistance Works, 2019) inzwischen ernst genommen und in Sicherheitsstrategien integriert. Was lange als „unrealistisch“ galt, hat sich inzwischen als realistischer erwiesen als manche vermeintlich realistischen Erwartungen an militärische Instrumente.